

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 232 - 24. Jahrgang

September 2017

Spendenbeitrag 80 Cent

AM 24.9. LINKE WÄHLEN!

Am 24. September haben die Bürgerinnen und Bürger die Wahl. Wollen sie ein Weiter-so mit Angela Merkels Großer Koalition? Wollen sie eine CDU/CSU-FPD-Koalition riskieren, also freie Fahrt für Konzerninteressen und Sozialabbau? Oder wollen sie ein starkes soziales und friedliches Gegengewicht im Deutschen Bundestag? Dieses Gegengewicht wird es nur mit einer starken Fraktion der LINKEN geben. Jede Stimme für sie schwächt das rechte Lager.

Für welche Themen DIE LINKE steht, könnt Ihr auf den Plakaten sehen, die im August zahlreich von unseren ehrenamtlichen Helfer*innen gehängt wurden. Dabei haben wir z.B. in Rostock das gesetzlich vorgeschriebene Höchstmaß voll ausgeschöpft.

Die Plakate sind sehr gelungen (siehe Foto) – sie sprechen Herz und Verstand gleichermaßen an. Sie regen dazu an, sich weiter mit den Inhalten unserer Partei zu beschäftigen. Diese Inhalte finden

die Bürger auch in ihren Briefkästen – in Form von Postkarten, Flyern und Wahlzetteln. Wir können nicht jeden auf diesem Weg erreichen, um so mehr zählen die persönlichen Gespräche mit Nachbarn, Verwandten und Bekannten, aber auch an den zahlreichen Infoständen. Ein



großer Erfolg waren die Veranstaltungen mit Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi auf dem Rostocker Neuen Markt mit vielen hundert Zuschauern. Eines müssen wir im Wahlkampf immer wieder deutlich machen: Die AfD ist keine Alternative. Die jüngsten Schlagzeilen

über rechten Terrorismus und „Todeslisten“ linker Politiker zeigen uns, dass diese Gesellschaft an einem Scheideweg steht. Die Bürger bestimmen, welchen Weg wir gehen werden. Dieser Verantwortung muss sich jeder bewusst sein.

Ein Argument war im Wahlkampf immer wieder zu hören und geht gut ins Ohr: DIE LINKE ist wählbar, aber nicht käuflich. Wieder einmal haben wir es geschafft, dank der Mitgliedsbeiträge und Spenden von LINKE-Mitgliedern und Sympathisanten, einen tollen Wahlkampf auf die Beine zu stellen. Wir sind nur eine kleine Partei, die aber auf den Enthusiasmus und den Einsatz ihrer Mitglieder zählen kann.

An dieser Stelle geht schon einmal ein großes Dankeschön an alle freiwilligen Helferinnen

und Helfer, die diesen tollen Wahlkampf möglich gemacht haben. Egal, wie das Ergebnis am 24.9. aussehen wird, eines ist doch klar: DIE LINKE ist eine schlagfähige Truppe, die gemeinsam noch viele Wahlkämpfe bestehen wird. Venceremos!

Carsten Penzlin



In Rostock und im Landkreis läuft der „Wahlkampf auf Hochtouren“
Mehr dazu auf den Seiten 3-5



Wolfgang Bergt erinnert an den Architekten Ulrich Müther
Mehr dazu auf Seite 13



Wie in jedem Jahr wurde in Rostock an die Atombombenabwürfe erinnert
Mehr dazu auf Seite 14

In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Kurznachrichten
■ Seite 3/4: Wahlkampf
Seite 5: Friedensfest
Seite 6: Landkreis
Seite 6/7: Dieselskandal
Seite 7: Agrarpolitik
Seite 8: Allianz für den Osten

Seite 9: Europapolitik
Seite 10: Lisa Kranig
Seite 11: Wohnungsbau
Seite 12: Rudolf Mokry
Seite 13: Rotfeder/Geschichte
Seite 14: Hiroshima-Gedenken
Seite 16: Rostocker Skizzen

Gut gelaunt kehrt die KLARTEXT-Redaktion aus der Sommerpause zurück. Mit Spannung erwarten wir den Wahlabend am 24. September. Schließlich hat die Redaktion auch darauf hingearbeitet, die LINKE in Rostock und im Landkreis für die Wahlkämpfe stark zu machen, unsere Genossen und manche Sympathisanten zu persönlichem Einsatz zu motivieren. Und wir glauben, dass uns dies gut gelungen ist.

In dieser Ausgabe des KLARTEXT findet Ihr einige Impressionen aus dem Wahlkampf. Mag der Sommer uns auch nicht verwöhnt haben, bei wichtigen Veranstaltungen konnten wir uns auf die Sonne verlassen. Es machte auch Spaß,

an der Seite von Dietmar Bartsch zu wahlkämpfen. Trotz zahlloser Termine in ganz Deutschland war bei seinen Einsätzen in Rostock auf seine gute Laune Verlass.



Viele Fotos auf den folgenden Seiten dienen uns hierfür als Beweis. Bevor sich jemand die Mühe macht zu zählen: Dietmar ist auf 10 Fotos abgebildet. Ein bisschen Personenkult wollen wir uns ruhig mal leisten, der Kandidat hat es verdient. Ob es am Ende für ihn gereicht hat, werdet Ihr

spätestens in der Oktoberausgabe sehen. Drücken wir ganz fest die Daumen!

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

Dietmar Bartsch: Ostdeutsche nicht für dumm verkaufen

“Mit der Angleichung der Rente muss jetzt auch eine Angleichung der Löhne kommen”, verkündete Manuela Schwesig. Fakt ist, dass Renten und Löhne im Osten gleichermaßen nicht angeglichen sind. Die Große Koalition verspricht lediglich eine Rentenangleichung im Jahre 2015. Wer im Jahre 1990 mit 65 Jahren in Rente gegangen ist, der muss 100 Jahre alt werden, damit er die Rentenangleichung erlebt. Statt wie Frau Schwesig zu versuchen, die Ostdeutschen für dumm zu verkaufen, muss die Angleichung der Löhne und Renten im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung festgeschrieben werden. Alles andere ist 30 Jahre nach der Einheit Deutschlands einfach inakzeptabel

Bruttolöhne im Wahlkreis der Kanzlerin am niedrigsten

Zu jüngst veröffentlichten Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Simone Oldenburg: “Die Statistik ist so ernüchternd wie der Blick ins Portemonnaie für viele Beschäftigte in MV, insbesondere aber im Wahlkreis von Bundeskanzlerin Angela Merkel. MV liegt beim monatlichen Bruttoentgelt der Vollbeschäftigten mit 2306 Euro sowohl nach dem Arbeitssort als auch nach dem Wohnort an letzter Stelle aller Bundesländer. MV liegt dabei sogar 204 bzw. 177 Euro unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder.

Noch bitterer ist es wenn wir in den Wahlkreis der Bundeskanzlerin schauen, der den letzten Platz aller 401 Kreise und kreisfreien Städte bundesweit belegt und damit noch hinter Vorpommern-Greifswald liegt, das 8 Plätze oder 78 Euro vor ihm platziert ist.”

Die Ostsee muss ein Meer des Friedens werden

Zu den am 25.7. begonnenen Manövern der russischen und chinesischen Marine, an dem sich neben drei chinesischen Kriegsschiffen auch ein russisches Atom-U-Boot und ein Raketenkreuzer beteiligten, erklärt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Dietmar Bartsch: “Dieses Säbelrasseln weckt Erinnerungen an die Zeit des Kalten Krieges. Sowohl Russland als auch die NATO-Staaten sollten die Ostsee nicht zum Schauplatz gegenseitiger Provokationen machen. Die Ostsee muss gerade angesichts der angespannten weltpolitischen Lage ein Meer des Friedens werden.”



KLARTEXT online

Auf Bundesebene schwadroniert die SPD über soziale Gerechtigkeit. In ihrem Bundestagswahlprogramm fordert die SPD die Abschaffung der Ausnahmen beim Mindestlohn, auch für Langzeitarbeitslose. Im Bundesrat hingegen hat sich die SPD geführte Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns einem entsprechenden Vorstoß verweigert. Es ist mal wieder ein Beleg für die Heuchelei, die die SPD an den Tag legt. Wenn die Landesregierung dann noch der Auffassung ist, dass die Ausnahmeregelung für

Langzeitarbeitslose vom Mindestlohn nicht diskriminierend sei, dann setzt das dem ganzen noch die Krone auf. Es ist an der Zeit, die Ausnahmeregelungen komplett zu streichen und einen flächendeckenden Mindestlohn, der tatsächlich vor Armut schützt einzuführen. Deshalb muss der Mindestlohn unverzüglich auf 12 Euro angehoben werden.



www.linksfraktionmv.de

Impressionen aus dem Bundestagswahlkampf

Am 16. August warb auf dem Neuen Markt der Verein „Mehr Demokratie“ für Volksentscheide auf Bundesebene. Die Rostocker Direktkandidaten – mit Ausnahme des CDU-Kandidaten Peter Stein – stellten sich den Fragen. Das sagte Dietmar Bartsch zum Thema direkte Demokratie:

„Ich bin Spitzenkandidat meiner Partei DIE LINKE im Bundestagswahlkampf. Von uns gibt es ein ganz klares Ja zu mehr direkter Demokratie als Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Alle Erfahrungen in den Bundesländern, auch auf kommunaler Ebene zeigen: Ja, das führt dazu, dass wir mithelfen können, die Krise der Demokratie zu überwinden. Da, wo wir in Regierungsverantwortung in den Ländern sind, haben wir die Quoren gesenkt. Das führt auch dazu, dass es mehr Abstimmungen gibt. Ich stimme da auch meinem CDU-Kollegen ausdrücklich zu: Es ist halt so, dass nicht jede Entscheidung

so ist, wie man sich das denkt. Aber das ist dann auch der Vorteil direkter Demokratie. Wir als LINKE haben in der letzten Legislatur im Deutschen Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, der ganz klare Bei-

spiele zeigt: Mit 100.000 Stimmen bekommen Sie eine Initiative, mit einer Million Stimmen eine Volksbefragung und bei Grundgesetzänderungen Zweidrittel. Das muss man diskutieren, dann möglichst gemeinschaftlich auch im Grundgesetz verankern. Aber wichtig wäre mir, dass wir in der nächsten Legislatur wirklich dort hinkommen.

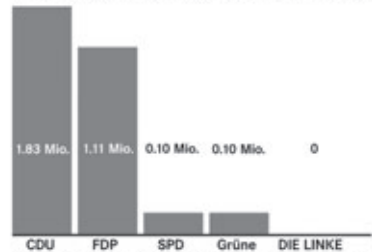
Wenn Menschen sehen, sie können etwas bewegen, sie haben die Chance, direkt Einfluss zu nehmen, sind sie mehr motiviert. Wir sehen das im Übrigen auch bei Wahlbeteiligungen. Da, wo man sieht, es geht

wirklich um was, da steigt die Wahlbeteiligung. Das kann man bei vielen Wahlen analysieren. Aber ich wünsche mir, dass diese Debatte nicht mehr nur als Debatte geführt wird, sondern dass die Mehrheitsmeinung, die es bei den Sozialdemokraten, vor allem bei den Grünen, bei der CSU und auch bei der LINKEN gibt, dass die endlich manifest wird und dass das nicht eine kleine Gruppe verhindern kann.

Selbst in der CDU gibt es viele, die dafür sind. Ich finde, das sollten wir jetzt durchsetzen.“



Parteispenden von Unternehmen und Verbänden bis Juli 2017 in Euro



Der große Einkauf hat begonnen. Lobbyisten und Unternehmer schürten ihre Spenden-Pakete, um sich ihre Vorhaben für die nächsten Jahre zu einkaufen. DIE LINKE macht da nicht mit und nimmt keine Unternehmensspenden an.

www.die-linke-mv.de



Plakate hängen macht Spaß. Das kann jeder bestätigen, der damit in diesem Wahlkampf befasst war. Hier nimmt der Spitzenkandidat Dietmar Bartsch persönlich Maß (mit Hans-Jürgen Donner). Das Bild entstand beim gemeinsamen Grillen im Stadthafen – auch als Bartsch BBQ bekannt.



Dietmar war viel unterwegs in Rostock – hier auf der Kröpi im Gespräch mit einem Bürger



Beim Gedenken in Lichtenhagen mit jungen Frauen aus Eritrea am Stand der LINKEN – hervorragend vorbereitet und betreut von Margitta und Hans-Jürgen Donner und weiteren Genoss*innen



Noch ein Eindruck von der Trucktour auf dem Neuen Markt in Rostock



2. Sommerfest der BO Lambrechtshagen

Die Mitglieder der Basisorganisation Lambrechtshagen unserer Partei organisierten im letzten Jahr

anlässlich der Landtagswahl ein Sommerfest. Nachdem der Anfang gewagt war, stellten sich die Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten in diesem Jahr die Frage, ob nicht ein zweites Fest anlässlich der Bundestagswahl folgen sollte. Nach einer Diskussion über für und wider wurde man sich einig, ja wir organisieren ein zweites Sommerfest. Den Rahmen bildeten Info-Stände, ein Kuchenbasar, Möglichkeiten der Kommunikation, Grillwurst und Fassbier sowie alkoholfreie Getränke. Nicht fehlen durften die Hüpfburg der Familie Georgi sowie der Stelzenclown „Robertus Maximus“.



Den Höhepunkt bildete der Besuch des Spitzenkandidaten unserer Partei zur Bundestagswahl,

Dr. Dietmar Bartsch. In kurzweiligen Talk-Runden befragte Prof. Dr. Wolfgang Methling den Spitzenkandidaten zum Wahlkampf, zu den Inhalten des Wahlprogramms und warum man zu den Bundestagswahlen DIE LINKE wählen sollte. Von den Zuhörerinnen und Zuhörern gab es zahlreiche Fragen an Dietmar, z. B. zur derzeitigen Russland-Politik der Bundesregierung oder zu möglichen Koalitionsaussagen. Das Sommerfest in Lambrechtshagen hat gezeigt, dass das Interesse an linken Politikansätzen stetig zunimmt und einer Tradition nichts im Wege steht. Ich freue mich schon jetzt auf das 3. Sommerfest in

Lambrechtshagen.

Text und Fotos: Peter Hörnig



Wolfgang Methling im Gespräch mit Susanne Krone



Dietmar Bartsch: Herzliche Grüße vom CSD

Der 15. Christopher Street Day – Gedenk-, Fest- und Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Asexuellen. Endlich ein CSD, wo auch gefeiert werden kann. Wir können die Entscheidung, die buchstäblich in letzter Sekunde im Deutschen Bundestag getroffen worden ist, hier feiern. Die Ehe für alle wird in Deutschland Gesetz. Es ist ein jahrelanger Kampf gewesen. Und wir müssen uns insbesondere bei den Aktivistinnen und Aktivisten, die vor vielen Jahrzehnten begonnen haben zu kämpfen, bedanken. Ihnen gebührt unser großer Dank.

Wir müssen aber auch dran denken, dass es wirklich noch ein weiter Weg ist, dass gleichgeschlechtliche Lebensweisen in Deutschland umfassend akzeptiert werden. Ich möchte, dass jede und jeder auf der Straße Hand in Hand gehen kann, egal welchen Geschlechts er ist. Dieses muss erkämpft werden.

Und wir sollten an all diejenigen denken, die in Ländern wie Saudi-Arabien oder auch Russland unterdrückt werden, die dafür eingesperrt werden, wenn sie ihre Homosexualität ausleben wollen. Deshalb: Dieser Kampf muss weitergehen. Ja, heute einmal feiern. Aber weiter kämpfen für wirkliche Gleichstellung.



Ehe für alle

Endlich! Der 30. Juni 2017 war ein großer Tag für die Lesben- und Schwulenbewegung in Deutschland. An diesem Tag wurde die Ehe für Lesben und Schwule geöffnet, die Ehe für alle ermöglicht. LINKE, SPD und Grüne stimmten geschlossen für die Eheöffnung und immerhin etliche Abgeordnete CDU aber auch CSU stimmten ebenfalls dafür. Erstmals in der Legislaturperiode sprang die SPD über ihre Schatten

und nutzte die tatsächliche rot-rot-grüne Mehrheit im Parlament. Von nun an heiraten zwei Menschen, nicht mehr nur Mann und Frau. Wenn man bedenkt, dass noch bis 1968 (DDR) bzw. 1969 (BRD) schwule Männer allein wegen ihre Liebe im Gefängnis landen konnten, so ist dies ein großer zivilisatorischer Fortschritt. DIE LINKE und ihre Quellpartei PDS streiten seit 1990 für die Gleich-

stellung von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten im Parlament. 2001 wurde in Deutschland unter Rot-Grün das Lebenspartnerschaftsgesetz eingeführt. Das Gesetz erwies sich als rechtlicher Türöffner, dass die Gleichstellung und jetzt die Ehe für alle ermöglichte. Obwohl viele Staaten der Erde Lesben und Schwule rechtlich gleichstellten, tat sich in Deutschland nichts – die CDU/CSU mau-

erte im Bundestag und im Bundesrat und beharrte auf einem antiquierten Familienbild. Doch das Bundesverfassungsgericht stellte seit 2009 in allen ihm vorgelegten Fällen Lesben und Schwulen in einer Lebenspartnerschaft mit heterosexuellen Eheleuten gleich. Damit wuchs der Druck. Die Ehe für alle nimmt niemandem etwas weg, doch sie gibt Menschen, denen bislang Rechte vorenthalten wurden, gleiche Rechte. In 19 Staaten gibt es die Ehe für alle. Deutschland holt damit nach, was andere Staaten bereits vollzogen.

Gleichzeitig fordern wir, dass die Privilegien der Ehe zurückgenommen werden. Das Ehegattensplitting begünstigt eine Alleinverdienenden-Ehe oder Zuverdiensten-Ehe, besonders von Gutverdienenden. Wir wollen es durch Steuermodelle ersetzen, die der Vielfalt der Lebensweisen mit Kindern gerecht werden und niemanden benachteiligen: nicht Alleinerziehende und Regenbogenfamilien oder allgemein Menschen, die in heterosexuellen Ehe leben.

Aber kein Gesetz kann Gleichbehandlung ad hoc bewirken. Lange tradierte Vorurteile bauen sich nur langsam ab. DIE LINKE steht an der Seite von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten. Wir wollen, dass die gesellschaftlichen Diskriminierungen in allen Teilen der Gesellschaft abgebaut werden.

www.die-linke.de

Ein toller Erfolg: Das 13. Internationale Friedensfest in Graal-Müritz

Seit Jahren gehört das Internationale Friedensfest in Graal-Müritz zu den festen Terminen in den politischen Kalendern der Bundes- und Landespartei DIE LINKE, genauso wie in den Veranstaltungskalender der Gemeinde Ostseebad Graal-Müritz. Man kann ohne Übertreibung sagen, auch das 13. Friedensfest war ein voller Erfolg. Ein sehr ausgewogenes Programm, eine motivierende Rede unseres Spitzenkandidaten der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl, Dr. Dietmar Bartsch, die Teilnahme von Botchaftsvertretern aus Nikaragua und Kuba, der gemeinsame Gesang des Liedes „Kleine weiße Friedenstaube“ durch einen „internationalen Kinderchor“ bei aufsteigenden weißen Tauben.

Das Friedensfest war gleichzeitig der Auftakt für eine vierwöchige Truck-Tour der LINKEN durch die Bundesrepublik. In seiner durch viel Beifall bedachten Rede ging Dietmar Bartsch auf solche Punkte aus dem Wahlprogramm ein, wie Mindestrente, die Anhebung des Mindestlohnes auf 12 Euro und eine Millionärssteuer von 5 Prozent. Das herrliche Sommerwetter, nicht zu heiß und nicht zu windig, lud hunderte von Besuchern zum Verweilen und zuzuhören ein. Sie nutzten die Gelegenheit, um u.a. mit Dietmar Bartsch ins Gespräch zu kommen, sich an den vielfältigen Ständen zu informieren oder einfach nur zu zuhören.

Ein Wermutstropfen unserer Veranstaltung war, dass der Vorsitzende unserer Partei, Bernd Riexinger, verhindert war und nicht teilnehmen konnte. Dadurch fehlte im zweiten Teil des Festes ein politischer Höhepunkt. Ein solcher war ohne Zweifel die Verleihung des diesjährigen „Courage-Preises“ unserer Landtagsfraktion an einen Parchimer Flüchtlingsverein. Wir hatten Jens-Peter Johannssen schon mehrfach dafür vorgeschlagen. Viele Mitglieder und Sympathisanten der Basisorganisation Graal-Müritz hatten sich die leise Hoffnung gemacht, wenn dieser Preis schon in Graal-Müritz verliehen wird, dann an Genossen Johannssen und seine Frau Inge. Die Beiden hätten es wirklich verdient, denn sie tragen

seit über 13 Jahren die Hauptlast der Organisation des Friedensfestes, betreuen aktiv Flüchtlingsfamilien in Graal-Müritz, betreuten die auf Karls Erdbeerhof bis

zum Ende des Frühjahres untergebrachten Flüchtlingsfamilien in Rövershagen.

Der Kreisvorstand Landkreis Rostock unserer Partei ist sich einig, dass das Friedensfest im nächsten Jahr unbedingt fortgesetzt werden muss. Ich selbst bin seit mehr als 13 Jahren dabei, habe an allen Festen aktiv teilgenommen. Begonnen haben wir mit Pit Johannssen und GenossInnen aus Graal-Müritz in einer Ecke des Seebrückenvorplatzes mit einem Info-Stand und einem PDS-Schirm. Wenn man überlegt, welches gewaltige Fest sich daraus entwickelt hat, dann weiß man auch, dass das nicht im Selbstlauf entstanden ist. Die unzähligen Stunden der Vorbereitung, die zahllosen Anrufe und E-Mails, die Abstimmung und Koordinierung der zu übernehmenden Aufgaben, all das steckt man nicht so einfach 13 Jahre lang weg. Gemeinsam mit der Basisorganisation Graal-Müritz wird der Kreisvorstand nach Lösungswegen suchen, wie das 14. Internationale Friedensfest im Jahr 2018 Realität werden kann.

Da das Zwischenmenschliche in der Hektik unserer Zeit oftmals verloren geht, und vieles als selbstverständlich abgehakt wird, folgendes ausdrücklich an dieser Stelle:

Liebe Inge Johannssen, lieber Jens-Peter Johannssen, liebe Mitglieder und SympathisantInnen der Basisorganisation Graal-Müritz, liebe nicht genannte, unzählige Helfer vor und nach dem Friedensfest! Ich bedanke mich ausdrücklich für euer/ihr Engagement bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des 13. Internationalen Friedensfestes 2017. Euch ist es zu verdanken, dass das Friedensfest in seiner Tradition erfolgreich fortgesetzt werden konnte. Lasst uns gemeinsam dafür wirken, dass das Internationale Friedensfest im Jahr 2018 seinen 14. Geburtstag begehen kann!

*Peter Hörnig
Kreisvorsitzender
DIE LINKE.Kreisverband Landkreis Rostock*



Gesamtmitgliederversammlung im Landkreis

Am 15.07.2017 fand eine Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Landkreis Rostock der Partei DIE LINKE im Casilino Hotel Rostocker Tor in Sievershagen statt. Auf der Tagesordnung standen u.a. Berichte des Kreisvorstandes, der Kreistagsfraktion sowie der Mitglieder im Landesausschuss. Es wurden 10 Delegierte für den 6. Landesparteitag und 2 Vertreter des Kreisverbandes für den Landesausschuss der Partei gewählt. Dr. Christoph Küsters, Mitglied des Kreisvorstandes, referierte zu aktuellen Fragen und Schwerpunktaufgaben des Kreisverbandes der LINKEN nach dem Bundesparteitag in Hannover.

MdL Torsten Koplín sprach in seinen Ausführungen über politische Absichten und Vorstellungen einer möglichen Doppelspitze im Landesverband der LINKEN. Er plädierte u.a. für die Schärfung des Profils der LINKEN als sozialistische linke Partei. Generationenübergreifend und zukunftsorientiert muss sich die LINKE den Interessenfragen der Gesellschaft widmen. Frieden, solidarische Rente, Grundeinkommen, Umsetzung der Behindertenkonvention sind zum Beispiel solche Fragen. Die Diskussion machte deutlich, dass die Mitgliedschaft bereit und in der Lage ist, sich den anstehenden Aufgaben zu stellen und einen engagierten Bundestagswahlkampf zu führen.

In seinem Referat ging der Kreisvorsitzende Peter Hörnig u.a. auf die Ereignisse beim G20-Gipfel in Hamburg ein. Die Mitgliederversammlung verabschiedete dazu einstimmig eine Erklärung:

Erklärung zu den Ereignissen beim G20-Gipfel in Hamburg

Die Medien mit den höchsten Einschalt-

quoten und größten Leserzahlen haben ein verzerrtes Bild der Ereignisse um den G20-Gipfel gezeichnet.

Im Mittelpunkt ihrer Berichterstattungen standen dabei die Krawalle und Randalen von Personen, die mit antikapitalistischen oder gar linken Positionen absolut nichts im Sinn haben, sowie die Polizisten, die sich mit den kriminellen Aktivitäten dieser Personen auseinander setzen mussten. Diese Ereignisse in Hamburg wurden missbraucht, um direkt oder indirekt linke Aktivisten mit ihren kreativen und aufmüpfigen Ideen und Taten zu diskreditieren und damit der linken Bewegung insgesamt einen möglichst großen Schaden zuzufügen.

An zweiter Stelle in der Berichterstattung standen der Tagesablauf der geladenen Gäste, ihre Essen, Ausflüge, kulturellen Erlebnisse sowie die oft nichts sagenden Ergebnisse von Gesprächen untereinander. Das Treffen hat immense Kosten verursacht, es geht um einen dreistelligen Millionenbetrag. Jede Delegation war mit bis zu 1000 Begleitern angereist.

Bereits für 50 € kann z.B. ein Kind in Gambia ein Jahr lang mit Mittagessen versorgt werden.

Die politisch bedeutsamen und bemerkenswerten Ereignisse rund um das Treffen spielten in der Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle.

Aus aller Welt waren unter schwierigen Bedingungen Zehntausende Menschen angereist, um grundlegende Probleme unserer Welt auf friedliche Weise an den Pranger zu stellen und eine Veränderung der Weltordnung ein zu fordern. Wer Phoenix gesehen, den Deutschlandfunk gehört oder das ND gelesen hat, bekam

Informationen über die zahlreichen Aktionen dieser Menschen und um welche Inhalte es dabei ging.

Zu den größten und bedeutsamsten Aktionen gehörte, dass sich etwa - 2000 Menschen aus der ganzen Welt zu einem Alternativgipfel sich zu zahlreichen Diskussionsrunden und Workshops eingefunden hatten, um zu beratschlagen, wie eine bessere Welt möglich gemacht werden kann,

- 76 000 Menschen auf der größten Demonstration in Hamburg seit 30 Jahren dem Aufruf von Linkspartei, Attac und diversen linken Initiativen gefolgt waren,

- 20 000 Menschen unter dem Motto »Lieber tanz ich als G20« gegen den Kapitalismus tanzten,

- 12 000 Menschen an einem Konzert nationaler und internationaler Stars der Musikszene teilnahmen, die der Armut und Ungleichheit in der Welt den Kampf ansagten.

Für uns ist es ein ermutigendes Zeichen, dass sich fast 100 000 Menschen in Hamburg für eine bessere Welt engagiert haben.

Unsere Sympathie und Unterstützung gehört deshalb allen Aktivisten und Aktionen, die im Streben nach einer gerechten und friedlichen Welt gewaltfrei ihre berechtigte Kritik an den bestehenden Verhältnissen öffentlich machen. Unser Mitgefühl gilt allen körperlich und materiell Geschädigten des Hamburger Gipfels.

Nur gemeinsam und in Solidarität aller bewussten und aktiven Menschen kann die kapitalistische Weltordnung mit ihren zunehmend negativen Auswirkungen auf alle Lebensbereiche überwunden werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE.Kreisverband Landkreis Rostock am 15.07.2017 in Sievershagen

Der Dieselskandal und DIE LINKE

Automobilindustrie betrügt Verbraucher und gefährdet die Umwelt

Der Betrug der Konzerne kostet Menschenleben

Dieselfahrzeuge der Marken VW, Porsche, Audi und Daimler haben jahrelang mehr Schadstoffe ausgestoßen, als angegeben wurde. Durch eine Software sorgten die Konzerne dafür, dass Grenzwerte für Abgase nur auf dem Prüfstand, nicht aber auf der Straße eingehalten wurden. Das führt zur Überschreitung der zulässigen und vertraglichen Abgaswerte in vielen Städten. Die Klimaziele, zu deren Erreichung bis 2020 sich Deutschland im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet hat, werden

so verfehlt. Diese Emissionen belasten das Klima und gefährden

die Gesundheit vieler Menschen. Laut Greenpeace starben in Deutschland seit Bekanntwerden des VW-Abgasskandals im September 2015 fast 20 000 Menschen durch Stickoxid-Emissionen. Die Automobilkonzerne machen weiterhin Milliardengewinne: 2016 waren es zum Beispiel bei VW 7,1 Milliarden, bei BMW 6,9 Milliarden, bei Daimler 8,8 Milliarden.

Korruption im großen Stil

Die Konzerne stehen unter Verdacht, ein Kartell gebildet zu haben. Über Jahrzehnte sollen sich VW, Porsche, Audi, Daimler und BMW über die Technik ihrer Fahrzeuge,

über Kosten, Zulieferer, Märkte, Strategien und die Abgasreinigung ihrer Dieselfahrzeuge abgesprochen haben. Auch Politiker der Großen Koalition waren höchstwahrscheinlich informiert. Medienberichten zufolge habe das Kraftfahrt-Bundesamt, eine Unterbehörde des Verkehrsministeriums, bereits vor mehr als einem Jahr festgestellt, dass Porsche mit Abschaltvorrichtungen für seine Dieselmotoren arbeitet. Der VW-Konzern erhielt einen öffentlichen Kredit der europäischen Investitionsbank in Höhe von 400 Millionen Euro für die Entwicklung sauberer Dieselmotoren. Mittlerweile hat das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, weil sie auch hier

Betrug vermutet: Die VW-Manager hätten gewusst, dass die Abgastests nur durch Manipulation bestanden wurden.

DIE LINKE fordert Konsequenzen:

- **Die Autokonzerne müssen zahlen.** Wir wollen, dass die Folgekosten nach dem Verursacherprinzip den Herstellern in Rechnung gestellt werden. Sie haben Autos produziert, die die zulässigen Werte um ein Vielfaches überschreiten und dies vertuscht. Die Manager und die Eigentümer der Konzerne, die dafür verantwortlich sind, müssen auch mit ihrem Privatvermögen herangezogen werden. Wir lehnen es ab, dass die Autokonzerne für ihren Betrug für **auch noch mit Steuergeldern unterstützt** werden.

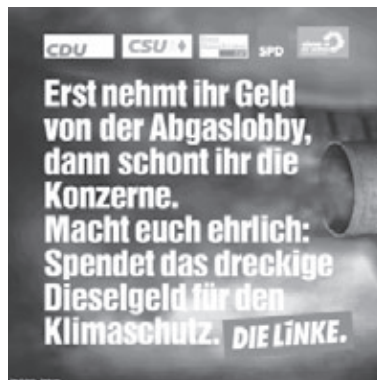
- **Die Konzerne müssen die Fahrzeuge auf ihre Kosten umrüsten:** Das von den Konzernen angebotene Software-Update ist nicht ausreichend. Die Stickoxid-Emissionen müssten um 80 Prozent und mehr reduziert werden, das geht nur durch den Austausch von Motorteilen. Die Sachverständigen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestags „Abgasskandal“ haben einstimmig ausgesagt, dass der Stand der Technik sowohl eine Einhaltung der Grenzwerte wie auch und eine Umrüstung hergibt. Die Einhaltung der Abgasnormen muss in Zukunft in unabhängigen Praxistests regelmäßig überprüft werden.

- **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen:** Es darf nicht sein, dass die Besitzer von Dieselfahrzeugen nun für den

Betrug der Hersteller mit Fahrverboten büßen müssen. Sie haben die Fahrzeuge in gutem Glauben gekauft, dass sie weniger die Umwelt belasten.

- **Die verantwortlichen Manager müssen die Konsequenzen tragen.**

Wer nun vor Entlassungen der Belegschaft warnt, missbraucht die **Beschäftigten als**



menschliches Schutzschild gegen politische Konsequenzen. Keinesfalls dürfen die Manager die Kosten auf die Beschäftigten abwälzen. Wenn jemand seinen Hut nehmen muss, dann müssen das die Verantwortlichen sein. Das Vertrauen in die Automobilindustrie wird nicht dadurch wieder hergestellt, dass es keine Konsequenzen gibt. Käuferinnen und Käufer müssen sich wieder darauf verlassen können, dass „drin ist was drauf steht“.

- **Alexander Dobrindt muss zurücktreten.** Ein Verkehrsminister, der Abgasmani-

pulationen deckt und sich in erster Linie den Konzernen verpflichtet fühlt, hat seinen Beruf verfehlt. Als Minister ist er nicht den Interessen der Autoindustrie, sondern den betrogenen Kunden verpflichtet. Aber angesichts von Parteispenden in Millionenhöhe beißen die Koalition und ihr Kabinett wohl kaum die Hand, die sie füttert. Dass Horst Seehofer jetzt über mögliche Sammelklagen gegen die Automobilindustrie spricht, ist ein billiges Ablenkungsmanöver. **Jahrelang blockierte die CDU/CSU die Möglichkeit solcher Sammelklagen im Bundestag.** Auf den letzten Metern der Wahlperiode ist so ein Vorschlag ebenso wohlfeil wie konsequenzlos.

- Wir fordern einen dreimonatigen Praxistest in den am stärksten belasteten Städten und Ballungszentren: Der Nahverkehr wird kostenfrei gemacht. Auswirkungen auf Luftqualität und Mobilität werden systematisch ausgewertet.

Die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner an guter Luftqualität und die der Autokäufer und Autokäuferinnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Skandal zeigt: Eine echte Mobilitätswende ist dringend notwendig. Für den Schutz der Umwelt und ein lebenswertes Leben in den Städten können Umweltzonen einen wichtigen Beitrag leisten. DIE LINKE fordert außerdem einen kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehr. Das wäre sozial gerecht und würde die Belastung durch Abgase mindern.

Für eine linke Agrarpolitik

Ein Diskussionsangebot von Prof. Dr. Fritz Tack

Vor der Landtagswahl 2016 hat DIE LINKE das Projekt „Nachhaltige Agrarentwicklung“ formuliert. Wir sollten in Vorbereitung auf den 6. Landesparteitag im November Bilanz ziehen und eine Aktualisierung vornehmen. Besonders gefordert sind die LAG „Agrarpolitik und ländliche Räume“ sowie die Genossinnen und Genossen in den Kreisverbänden mit der dominierenden Agrarwirtschaft.

Die Situation der landwirtschaftlichen Betriebe ist in Mecklenburg-Vorpommern unterschiedlich, aber aktuell angesichts der Wetterlage angespannt. Während einerseits zum Teil gute Erträge in der Pflanzenproduktion erzielt werden, haben ruinöse Preise in der Milcherzeugung dazu geführt, dass viele Betriebe die Milchviehhaltung aufgeben haben.

Auch in der Schweine- und Schafhaltung sind Bestandsrückgänge zu verzeichnen. Besonders problematisch ist die ständige Steigerung der Bodenpreise. Durch Nichtlandwirte ist der Boden zunehmend zum Spekulationsobjekt geworden.

Unser Ziel ist eine nachhaltige Agrarwirtschaft. Dabei sind die leistungsfähigen Landwirtschaftsbetriebe unterschiedlicher Eigentumsformen und Ausrichtungen in der Produktion weiterhin ein Rückgrad der allseitigen, zukunftsorientierten Entwicklung der in unserem Lande dominierenden ländlichen Räume. Diesen ländlichen Räumen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, um sie in ihrer Naturausstattung und als Lebensräume für die Zukunft der Menschen zu erhalten.

DIE LINKE will deshalb u.a. den Anteil des ökologischen Landbaus erhöhen, mehr regionale Verarbeitung und Vermarktung sichern. Die gesamte Landwirtschaft sollte durch mehr und bessere Agrar-Umweltmaßnahmen bei der Verbesserung der Ökobilanz unterstützt werden. DIE LINKE will regionale Wertschöpfungsketten und Erzeugergemeinschaften aus-

bauen und befördern. Wir setzen uns für den Ausbau der bodengebundenen Tierhaltung ein. Die Haltungsverfahren müssen tiergerecht sein. Eine große Bedeutung kommt auf die Weiterentwicklung der anwendungsorientierten Agrarforschung im Lande zu.



Gleichzeitig muß die Aus- und Weiterbildung praxisverbundener sein. Insgesamt setzen wir uns für eine enge Verbindung von Umwelt- und Klimaschutz sowie Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ein. Bei optimalem Material- und Energieeinsatz wollen wir eine hohe Qualität der erzeugten Nahrungsmittel sichern. Die Landwirtschaft leistet ihren Beitrag zur Energiewende, so bleibt der ländliche Raum le-

benswert. Landwirtschaftliche Produktion, gewerbliche Wirtschaft und Tourismus müssen miteinander verbunden werden.



Allianz für Ostdeutschland

Den Artikel 72 des Grundgesetzes endlich ernst nehmen und umsetzen - ein Angebot zur Diskussion von der Linkspartei

In der kommenden Legislaturperiode be- gehen wir den 30. Jahrestag der friedli- chen Wende in der DDR und des Weges in die deutsche Einheit. Die Menschen gewannen Freiheit und Demokratie. Die Stadtzentren und die Infrastruktur wurden beachtlich entwickelt. Die Entwicklung seit 1989/90 hat vielen Menschen in den neu- en Ländern aber Brüche in ihren Biographien, ihrem Umfeld, ihren Lebensperspektiven zugemutet, die von der Politik im Gro- ßen wie im Kleinen bis heute keine ausrei- chende Würdigung erfahren. Vom Erleben einfach gestrichener DDR-Betriebsrenten und der Schlechterstellung in der DDR ge- schiedener Frauen über verschleudertes industrielles Potential und fehlende Kon- zepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit bis hin zu Netzentgelten, die den Osten dafür bestrafen, dass dort besonders viel Ener- gie erneuerbar erzeugt wird, ziehen sich mannigfaltige Erfahrungen der Zweitklas- sigkeit durch die drei Jahrzehnte. Sehr bedauerlich ist auch, dass im Osten funktionierende Strukturen wie das flä- chendeckende Kindertagesstättennetz, Polikliniken, die Genossenschaften in der Landwirtschaft und anderes nicht übernommen werden. Die Aufmerksam- keit für den Osten hat mit jeder Regie- rung abgenommen, was in der derzeitigen Regierung Merkel darin kulminierte, dass sie bei der Rentenangleichung sogar den eigenen Koalitionsvertrag brach. Das Gefühl der Geringschätzung, des Abgehängtseins, des Nicht-Ernst- Genommen-Werdens verfestigt sich und lässt viel zu viele Menschen im Osten an ihrem Wert für unsere Gesellschaft und am Wert der demokratischen Gesell- schaft für sie selbst zweifeln.

Die grundgesetzliche Pflicht, gleichwer- tige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes zu gewährleisten, wurde von den Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte vor allem in Bezug auf die öf- fentliche Infrastruktur in Ballungsräumen und an den Hauptverkehrsadern zwischen Ost und West wahrgenommen. Diese gro- ßen Investitionen gingen nicht einher mit einer gezielten Industriepolitik und der Unterstützung von Regionen jenseits der Entwicklungskerne. Das begünstigte ein Ausbluten von bedeutenden Landstrichen. Fast drei Jahrzehnte nach der Wende sind die neuen Bundesländer immer noch eine nahezu flächendeckend strukturschwache Region, die das Licht der Leuchttürme aus wenigen Ballungsgebieten nicht ausrei- chend erhellen kann. Die Ungleichheit im Vergleich zum Westen zeigt sich in gerin-

geren Löhnen bei längerer Arbeitszeit, hö- herer Arbeitslosigkeit, geringerer Vermö- gensbildung und größeren Armutsrisiken für die Menschen im Osten. Das jüngste Beispiel dafür ist die Festschreibung eines

lich konsequent genutzt worden sind, um mit der Herstellung gleichwertiger Lebens- verhältnisse die Leistungen der Ostdeut- schen gleichwertig zu würdigen.

Wir schlagen deshalb eine „**Allianz für Ostdeutschland**“ aller Kräfte aus Gesell- schaft und Politik vor, um endlich Gerech- tigkeit für die Menschen in den neuen Bun- desländern zu schaffen. Wir fordern auch die anderen Bundestagsparteien auf, sich dieser Allianz anzuschließen und künftig keine Regelungen, Gesetze, Verordnungen und Absprachen zu treffen, zu beschlie- ßen oder auch nur zu unterstützen, die eine Schlechterstellung der Menschen im Osten bedingen.

Auf dieser Grundlage wollen wir einen verbindlichen Plan zur Angleichung der Lebensverhältnisse, einen „**Gerechtig- keitsplan Ost**“ erarbeiten, für den wir die folgenden Punkte vorschlagen:

1. Eine **Gemeinschaftsaufgabe gleichwertige Lebensverhältnisse**, mit der ab 2019 auf zehn Jahre angelegt wirt- schafts- und strukturschwache Regionen in Deutschland insgesamt durch gezielte Förderung entwickelt werden.
2. Eine Aufwertung der Infrastruk- tur in ländlichen Räumen, vor allem eine Finanzierung des **Breitbandausbaus** durch den Bund und Anbindung kleinerer Städte und Gemeinden an einen funktionsfähigen **öffentlichen Per- sonenverkehr**.
3. Die flächendeckende und **bedarfsge- rechte Finanzierung von Krankenhäu- sern** sowie die Aufwertung und gesetz- liche Personalbemessung in Gesundheit und Pflege. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass in den neuen Bun- desländern mindestens **1500 Landärzt- tinnen und Landärzte zusätzlich** ihre Arbeit aufnehmen. Ebenso sollen die positiven ostdeutschen Erfahrungen für eine flächendeckend gute Gesundheits- versorgung (Polikliniken) wieder in den Vordergrund rücken.

4. Ein Investitionsprogramm für **Barrie- refreiheit und altersgerechten Woh- nens** besonders im ländlichen Raum.

5. Einen „**Goldenen Plan Ost**“ für den **Er- halt und Ausbau von Schulen, Begeg- nungsstätten und Sportanlagen** in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands.

6. Eine **aktive Industriepolitik** zur Un- terstützung von Start-Up-Unternehmen vor allem im Bereich der Industrie 4.0 verbunden mit der verstärkten Förderung von Forschung und Entwicklung durch re- volvierende Fonds mit einer Beteiligung der öffentlichen Hand mit Eigenkapital an jungen Unternehmen. Für die **Braunkoh- leregionen** in Ost und West wollen wir ein **Konversions- und regionales Struk- turentwicklungsprogramm** auflegen,



Bisherige Großspenden an Parteien 2017



niedrigeren Mindestlohns für die in der Pflege Beschäftigten bis ins Jahr 2020. Generell ist die Arbeitszeit für Ostdeutsche im Jahr um fast zwei Wochen länger bei 20 Prozent niedrigerem Einkommen.

DIE LINKE hat als bundesweit agierende Partei anders als die anderen Parteien die Probleme des Ostens nie aus dem Auge verloren und steht konsequent dafür, das im Artikel 72 des Grundgesetzes formulierte politische Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Wirklichkeit werden zu lassen. Bundestag und Bundesregierung haben durch das Grundgesetz für diese Aufgabe eine besondere Verant- wortung, aber auch besondere Handlungs- vollmachten verliehen bekommen, die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nie wirk-

um den sozial-ökologischen Umbau mit Zukunftschancen für die Regionen zu verbinden.

7. Wir brauchen die **Stärkung der Tarifbindung** von Unternehmen durch Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit und vor allem **bundesweit einheitliche Flächentarifverträge**. In Verbindung damit schlagen wir eine Selbstverpflichtung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vor, nie wieder Verträge abzuschließen, die schlechtere tarifliche Bedingungen für den Osten enthalten.

8. Die **Vergabepolitik der öffentlichen Hand** soll streng an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden, z.B. an die Zahlung auskömmlicher tariflicher Löh-

ne.

9. Die **Angleichung der Rentenwerte im Osten an das Westniveau bis spätestens 2020** und die **Einführung einer Solidarischen Mindestrente von 1050 Euro generell in Deutschland** sind zwingend.

10. Eine deutliche **Heraufsetzung des Kindergeldes auf 328 Euro** und die spätere Einführung einer Kindergrundsicherung von 573 Euro. Ein flächendeckendes und bedarfssicherndes Netz von **Kindertagesstätten** gehört zu den positiven Erinnerungen der Menschen in den neuen Bundesländern. Wir wollen dies auch durch Finanzierungen aus dem Bundeshaushalt wieder ermöglichen und streben für Kitas Beitragsfreiheit an.

11. Wir fordern die Einrichtung eines **Bundesministeriums für Infrastruktur und die neuen Länder**. Aufgabe ist die zügige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West als zentrale Regierungsaufgabe. Es gibt ein Veto-Recht im Kabinett zu solchen Entscheidungen, die dieser Aufgabe entgegen stehen. Die Bündelung der Zuständigkeiten, die Verkürzung der Entscheidungswege und die Konzentration auf die Umsetzung des Gerechtigkeitsplans Ost sind zu realisieren. Das Ministerium kann in eine Struktur beim Bundeskanzleramt umgewandelt werden, wenn die neuen Bundesländer bei wenigstens 90% der wesentlichen sozial-ökonomischen Durchschnittsdaten der Westländer liegen.

Sahra Wagenknecht: Ist DIE LINKE europafeindlich?

Es ist gerade erst 2 Jahre her, aber im Wahlkampf spielt es trotzdem kaum mehr eine Rolle: die Zuspitzung der Krise in Griechenland! Wir erinnern uns: Obwohl die griechische Bevölkerung vollkommen zu Recht die von der EU-Troika diktierten Kürzungspakete im Sommer 2015 in einem Referendum ablehnte, blieb insbesondere Finanzminister Schäuble stur. Er zwang dem Land Privatisierungen und massiven Sozialabbau auf. Das Ergebnis: Griechenland hat sich bis heute nicht von der Krise erholt. Fatal ist die Situation für die griechische Bevölkerung – sie lebt mehrheitlich in Armut, während kein Euro zu schade war, um Banken mit unseren Steuergeldern zu retten ... Dieser kurze Rückblick macht meines Erachtens sehr gut deutlich, was in Europa schief läuft: Im Vordergrund stehen die Interessen von Banken und Konzernen, nicht die Interessen der Menschen! Wir Linke

stehen deshalb für eine grundlegend andere Europapolitik mit zwei klaren Alleinstellungsmerkmalen:

1. Wir wollen einen Neubeginn der Europäischen Union, denn die jetzige EU ist weder

sozial, noch demokratisch, noch friedlich.
2. Wir sind konsequent gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder JEFTA (das erst kürzlich bekannter gewordene Abkommen mit Japan.)

Wessen Interessen die Feder geführt haben, als die EU-Verträge unterschrieben wurden, das lässt sich schon in einem kleinen Detail erkennen. Es ist vertragswidrig, wenn ein Land in der EU ein Haushaltsdefizit von mehr als drei Prozent hat. Es ist allerdings nicht vertragswidrig, wenn ein Land in der EU es sich zum Geschäftsmodell macht, großen Konzernen Steuersparmodelle anzubieten, die es ihnen ermöglichen, ihre Steuern auf 0,05 Prozent zu drücken und die alle anderen Staaten um Milliarden an Steuereinnahmen prellen. Solche Verträge müssen geändert werden, gerade wenn man ein einiges und gutes Europa will, das die Menschen unterstützen und wenn man will, dass Völkerhass und Nationalismus nie wieder eine Chance bekommen.



Angesichts dieser Forderungen bekommen wir in den Mainstream-Medien häufig zu hören, dass wir europafeindlich seien. Ich finde: Genau das Gegenteil ist richtig. Wer an der EU in ihrer derzeitigen Form als Brüsseler Lobbykratenverein festhält, der zerstört Europa und die europäische Idee. Wer ein anderes Europa fordert – sozial, demokratisch und friedlich – der gibt Europa Zukunft! Ich möchte Euch ganz herzlich darum bitten, diese Position wo immer es geht deutlich zu machen, so dass potentielle Wählerinnen und Wähler dem Vorwurf der Europafeindlichkeit nicht auf den Leim gehen.

LYRIK

CDU/CSU (von Jürgen Riedel)

arm an warmdurchbluteter Christlichkeit
umarmt reichumsfördernd Reiche
zeigt immer mehr Menschen mit Minus-Konto
die profitfrosthige Schulter

Kinderleichter Beweis (von Jürgen Riedel)

Warum ist Spruch modriger Bundespolitik
sie liebe einst jetzt künftig
Zukunft erstrahlen
festgeklopft an Lüge?
Hellste Zukunft sind Kinder
Bundespolitik verschuldet oft
Ihre zukunftslose Armut

Rechtsstaat? (von Jürgen Riedel)

Demokraten entrüsten sich:
Explosive Ausgaben für Rüstung
Menschenwürde-Zerstörung
Von nicht mehr rüstigen bundesdeutschen
In Altenheimen

Partei gegen Verbrechen (von Jürgen Riedel)

Einziger Programmpunkt
Gäbe es sie:
Deutschland werde safesicher

Politspießer
Lichtjahrfern demokratischem Denken
Nicht erst seit Mondkrater-Jahr 33
Würden ihr eine Mehrheit verschaffen



Gesichter aus der Bürgerschaft: Lisa Kranig

Mein Name ist Lisa Kranig. Seit der Kommunalwahl 2014 bin ich Mitglied der Rostocker Bürgerschaft und nehme seit November 2016 weitere Verantwortung im Fraktionsvorstand wahr. Für unsere Bürgerschaftsfraktion bin ich im Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport sowie als stellvertretende Vorsitzende im Kulturausschuss tätig. Darüber hinaus verrete ich unsere Fraktion im Aufsichtsrat der Rostocker Straßenbahn AG.

Doch nun zu meiner Person. Ich bin 34 Jahre alt und wohne derzeit in der Kröpeliner Tor-Vorstadt. Neben meiner Promotion bin ich als Referendarin an einer Schule in Evershagen tätig, um meine Ausbildung zur Lehrerin abzuschließen.

Den Weg in die Politik fand ich im Kommunalwahljahr 2014 und wurde dort zugleich mit der Auseinandersetzung um das Rostocker Volkstheater konfrontiert. Die Haltung der Linken, keine Kürzungen am Haus zuzulassen und im Gegensatz zu allen anderen Parteien die kulturpolitisch unsinnigen Pläne der Landesregierung zu kritisieren, zeigte mir, dass ich in der Linken genau richtig aufgehoben bin.

Neben meinem beruflichen Schwerpunkt in der Bildung interessiere ich mich besonders für kulturpolitische Themen. Beide Bereiche sind meiner Ansicht nach in unserer heutigen Zeit unerlässlich und essentiell wichtig, denn beide können Antworten geben

auf all die Fragen, mit denen wir heute als Gesellschaft bzw. als Bürgerinnen und Bürger Rostocks tagtäglich konfrontiert sind. Es stört mich allerdings, dass bei beidem

in der Regel nur danach geschaut wird, was sie kosten. Leider geht es viel zu selten darum, welcher gesellschaftliche Wert mit diesen beiden Themen verbunden ist.

Bildung und Kultur stehen Rostock nicht nur gut, weil sie die Stadt bunter und insgesamt lebendiger machen. Sie eröffnen uns auch neue Perspektiven, die uns wiederum helfen können, auf wichtige gesellschaftspolitische Fragen und Probleme sinnvolle Antworten zu finden. Als angehende Lehrerin ist es mir außerdem wichtig, dass junge Menschen und Heranwachsende an sich glauben, dass sie für sich Perspektiven entwickeln und mutig und voller Lust in ihr Leben (auch nach der Schule) starten. Durch mein Engagement in der Rostocker Bürgerschaft kann ich einen kleinen Teil dazu beitragen, dass zumindest die Ausstattung unserer Schulen in einem guten Zustand ist und für Chancengleichheit aktiv gestaltend eintreten.

Ich hoffe, ich konnte euch einen kleinen Überblick über meine persönlichen und politischen Grundsätze geben. Wenn ihr Anregungen und weitere Fragen habt, können wir uns gerne auf dem nächsten Kreisparteitag oder auf den kommenden Wahlkampfveranstaltungen austauschen.



NEU: LAG Kommunalpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, die kommunalpolitische Verankerung in unseren Städten und Gemeinden ist eine, wenn nicht die tragende Säule unserer politischen Arbeit. In Kreistagen und Bürgerschaften, in Stadt- und Gemeindevertretungen leisten viele Menschen tagtäglich harte, ehrenamtliche Arbeit und sorgen dafür, dass linke Positionen vor Ort erfahrbar sind. Dabei stehen sie oft der großen Herausforderung gegenüber, linke Politik in kommunale Praxis umzusetzen.

Um diese ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen, haben sich Genossinnen und Genossen entschieden, eine LAG Kommunalpolitik zu gründen. Die Mitglieder unserer LAG sind alle selbst ehrenamtlich in der Kommunalpolitik aktiv und kennen die Probleme, vor denen man auf dieser Ebene steht, aus eigener Erfahrung. In anderen Landesverbänden gehört eine LAG Kommunalpolitik bereits zum Alltag, sei es in Nordrhein-Westfalen oder Sachsen-

Anhalt. Auch in Mecklenburg-Vorpommern existierte viele Jahre eine solche LAG. Neben der Bildungsarbeit des Kommunalpolitischen Forums als unabhängigem Bildungsträger und Verein soll kommunalen MandatsträgerInnen innerhalb der Partei mehr politisches Gewicht verschafft, politische Positionen erarbeitet und ein innerparteiliches Bindeglied zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalebene etabliert werden.

Wir haben uns bisher folgende Ziele gesetzt, die aber durch weitere Mitglieder jederzeit erweitert werden können:

- Erhöhung des Stellenwertes des Themas Kommunalpolitik im Landesverband
- Ermöglichen einer intensiveren Vernetzung und Austausches der kommunalen Ebene
- Unterstützung des Themenaustausches zwischen Kreistags- und Bürgerschaftsfraktionen und der Landtagsfraktion
- Unterstützung bei Vorbereitung von Kommunalwahlkämpfen

- Ermöglichen des Austausches mit Fraktionen aus benachbarten Kreis- und Landesverbänden
- Unterstützung von kommunalpolitischen Nachwuchskräften
- Vernetzung mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik sowie eine enge Kooperation mit dem Kommunalpolitischen Forum

Wir freuen uns über weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus allen Landesteilen und allen Gliederungen, egal ob kommunalpolitisch selbst aktiv oder an Kommunalpolitik interessiert. Solltet ihr Fragen haben oder selbst mitwirken wollen, wendet euch an die Landesgeschäftsstelle oder direkt an mich und schreibt mir einfach eine E-Mail an marceleggert90@gmail.com

Solidarische Grüße
Marcel Eggert

Bündnis für den Wohnungsbau

Es vergeht kaum eine Woche, in der wir nicht über den Wohnungsbau in Rostock sprechen. Unsere Stadt wächst und darüber können wir uns freuen. Doch mit dem Wachstum entstehen auch neue Herausforderungen, zum Beispiel der immer knapper werdende Wohnraum. Oberbürgermeister Roland Methling behauptete zwar vor kurzem, es gäbe genug Wohnungen, doch alle die sich auf die Suche begeben, werden sehr schnell eines Besseren belehrt. Ob Jung oder Alt, inzwischen stehen zu wenige Wohnungen zur Verfügung; die so genannte Leerstandsquote hat ihr Rekordtief erreicht.

Mit Blick auf den angespannten Markt ist der Neubau von Wohnungen grundsätzlich eine geeignete Maßnahme, um für Entlastung zu sorgen. Doch aufgrund gestiegener Baukosten und vorhandener wirtschaftlicher Interessen der Wohnungswirtschaft entsteht kein bezahlbarer Wohnraum mehr. Die Mieten steigen weiter, ebenso die Einwohnerzahl, doch nur ein Teil der Neubürger*Innen gehört zu den Besserverdienenden. Der Konkurrenzkampf um günstige Wohnungen verschärft sich. Neubauten allein werden also den Wohnungsmarkt, zumindest für Menschen mit wenig Geld in der Tasche, nicht entlasten.

Dabei sind wir dringend auf soziale Mieten angewiesen! Die Einkommen in Mecklenburg-Vorpommern sind bundesweit die niedrigsten und erreichen nicht einmal 80 Prozent des Bundesdurchschnitts. Fast jedes dritte Kind ist von Armut betroffen, die Renten sind gering, Altersarmut steigt rasant. Selbst die Stadtverwaltung kommt in

einer Analyse zu der Erkenntnis, dass ein Großteil der künftigen Rentner*innen von Altersarmut bedroht ist. Da eine Vielzahl der jetzigen Einwohnerinnen und Einwohner im Haupterwerbssalter langzeitarbeitslos war, fällt für diese Gruppe das Ren-



tenniveau entsprechend gering aus. Das bedeutet, auch im Rentenalter werden sie von sozialen Transferleistungen abhängig sein und dies hat Folgen für den sozialen Wohnungsmarkt.

Der Bedarf an preiswerten und barrierefreien Wohnungen muss abgesichert werden. Auch für mehr Auszubildende und Studierende, Alleinerziehende oder psychisch Erkrankte brauchen wir niedrige Mieten. Die Stadt und auch die Wohnungswirtschaft müssen sich dem Ziel des sozialen Wohnungsneubaus endlich zuwenden. In ande-

ren Städten ist der Bau von Sozialwohnungen längst eine Selbstverständlichkeit. Unsere Fraktion in der Bürgerschaft befasst sich intensiv mit diesem Thema und streitet aktuell für die Entstehung eines Bündnisses in Rostock, das sich um den

Neubau von Wohnungen mit sozial verträglichen Mieten kümmern soll. Die WIRO, die Genossenschaften, der Mieterverein, aber auch der Gestaltungsbeirat, die Architektenkammer und weitere Akteure sollen Mitglieder in diesem Bündnis sein. In Hamburg arbeitet ein solches Bündnis bereits sehr erfolgreich und schafft öffentlich geförderten Wohnraum mit Mietpreisbindungen. Für Sozialwohnungen stehen auch in M-V öffentliche Fördermittel zur Verfügung, sie müssen einfach nur beim Land abgerufen werden. Im September entscheidet die Bürgerschaft über das Anliegen, dann werden wir sehen, wie wichtig den anderen politischen Kräften bezahlbare Mieten wirklich sind.

Mit Blick auf das Bündnis sollen zwar schnell neue Wohnungen entstehen, doch ohne eine wohnungspolitische Gesamtstrategie geht es eben nicht. Viele wichtige Ziele einer gesunden Stadtentwicklung müssen beachtet werden: Wohnungen sind elementar, aber auch Grün- und Freiflächen, Spielplätze, Räume für Kultur, Kleingärten oder Treffpunkte sind wichtig. Nicht jede freie Fläche kann bebaut werden. Es geht uns also nicht nur darum, aufzuzeigen, wo welche Flächen bebaubar sind. Es geht um die Weiterentwicklung der Stadt als Lebensraum und um die Beantwortung der qualitativen Frage.

Eva-Maria Kröger

Netzwerk für Flüchtlinge in Parchim wird mit Courage-Preis ausgezeichnet

Die Linksfraktion verlieh am Sonnabend, dem 26. August, den Courage-Preis 2017. Der Preis, der mit 2500 Euro dotiert ist, wurde bereits zum sechsten Mal vergeben. Die Preisverleihung fand im Rahmen des Internationalen Friedensfestes in Graal-Müritz auf dem Seebückenvorplatz statt. Wir gratulieren dem Netzwerk für Flüchtlinge in Parchim. Mit dem Courage-Preis würdigen wir Einzelpersonen, Initiativen oder Projekte, die sich mutig und ehrenamtlich in besonderer Weise gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Diskriminierung engagieren.

Das Netzwerk ist ein Preisträger, der den Zielen unserer Auslobung außerordentlich gerecht wird. Seit Ende August 2015 setzt sich die Initiative für geflüchtete Menschen ein. Sie unterstützt diese bei der Versor-

gung mit Nahrungsmitteln, Kleidung sowie anderen Dingen des täglichen Bedarfs und begleitet sie zu Ämtern oder Ärzten. Besonders wichtig ist die Überwindung der Sprachbarrieren, deshalb werden Angebote zum Deutsch lernen organisiert.

Beispielhaft ist es dem Netzwerk gelungen, die einheimische Bevölkerung für ein friedliches und tolerantes Miteinander zu gewinnen. Aber auch die Geflüchteten selbst engagieren sich in der Arbeit des Netzwerks, informieren und klären auf, wenn sie über ihre Lebenshintergründe, die Ursachen und Umstände ihrer Flucht berichten. Sie tragen auf diese Weise maßgeblich dazu bei, Vorurteile abzubauen. Die Bereitschaft, sich kennenzulernen und voneinander zu lernen, ist unerlässlich für ein harmonisches Zusammenleben, das beide Seiten bereichert.

Nicht zuletzt würdigt die Linksfraktion das politische Wirken des Netzwerkes, das sich in vielfältigen Aktivitäten gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass wendet. Beispielhaft dafür steht die Aktion ‚Wenn Fremde Freunde werden‘, eine Fotoausstellung, die dokumentiert, dass wir unabhängig von Herkunft, Aussehen, Religion und Kultur alle Menschen sind.



Gedenkstein eines Widerstandskämpfers aus Rostock geschändet

Am 20.07.2017 erreichte den Vorstand der VVN-BdA Rostock die Nachricht, dass der Gedenkstein für Rudolf Mokry im Barnstorfer Wald geschändet wurde. Offenbar hat das Städtische Grünamt umgehend die beschriftete Seite des Gedenksteins reinigen lassen, doch sind die Spuren der Freveltat noch deutlich sichtbar. So erwarten wir von der Stadtverwaltung, dass für diesen echten Rostocker Helden nach 42 Jahren der Stein nun vollständig gereinigt und die Inschrift erneuert wird. Das muss die Antwort auf die Schandtat sein.



Der Stein wurde am 14. Mai 1975 in Anwesenheit vieler Rostocker Sportler enthüllt. Rudolf Mokry wurde 24. April 1905 als Sohn eines Schmieds und einer Köchin geboren und besuchte die Knabenschule am Alten Markt. Bereits mit 8 Jahren wurde er Mitglied des Arbeiterturnvereins und wechselte mit 14 Jahren zum Athletenverein in die Sparte Ringen. Seine Ausbildung zum Schmied schloss er mit 16 Jahren mit sehr guten Leistungen ab, auch wenn er diese Arbeit nicht sehr mochte. Dem Aufbau des Arbeitersportstadions (Volksstadion) von 1923 bis 1927 widmete er seine ganze Freizeit.

Danach war er infolge von Arbeitslosigkeit gezwungen, Rostock zu verlassen und fand eine Stelle als Schlosser in Hamburg. In Hamburg-Neuhof wurde er, geschätzt und beliebt, Vorsitzender des Arbeiter-Sportvereins "Fichte". 1930 trat er der KPD bei, der er allerdings nur zwei Jahre angehörte, da er ihre Haltung zur SPD nicht nachvollziehen konnte, doch blieb er seiner kommunistischen Überzeugung treu. 1933 wurde er das erste Mal verhaftet, trotzdem baute er 1935 eine Hamburger antifaschistische Jugendgruppe auf, die sich "Revolutionärer Jugendverband" nannte.

Kurt van der Walde schrieb 1991 darüber: ... Er hat völlig neu begonnen mit der antifaschistischen Jugendarbeit, indem er nicht mehr erwartet hat, dass Menschen, die mit ihm zusammenarbeiten, Kommunisten werden. Es waren in unserer Gruppe viele Nichtkommunisten, junge Sozialdemokraten, auch junge Juden wie ich selbst... Kurt, 10 Jahre jünger als Rudi, konnte 1938 nach England ausreisen und kehrte nach dem Krieg nach Hamburg zurück. Er wurde Gymnasiallehrer für Englisch und Geschichte. Bis zu seinem Tod 2003 wirkte er aktiv in der VVN-BdA Hamburg.

Rudolf Mokry wurde 1936 verhaftet und verurteilt und kam bis zu seinem Tod nicht mehr frei. In Hamburg erinnert eine Straße in Wilhelmsburg an ihn, ein Stolperstein vor dem Haus "Im Otterhaken 5" und eine Gedenktafel am Ortsamt Wilhelmsburg. 2014 wurde anlässlich des 70. Jahrestags der Ermordung einer Gruppe von 27 Häftlingen des KZ Sachsenhausen, zu denen Mokry gehörte, es zählten auch drei Franzosen dazu, in der Gedenkstätte Sachsenhausen das Denkmal "Klang der Erinnerung" eingeweiht, das sich aus 27 Edelstahlstreifen verschiedener Breite und Länge zusammensetzt, die das erreichte Alter und die Dauer der Inhaftierung der Widerstandskämpfer darstellen. Auf jedem Stahlstreifen stehen der Name und das Geburtsdatum des Ermordeten. Aus den Reden der Töchter der drei ermordeten kommunistischen Résistance-Kämpfer wurde deutlich, dass in Frankreich der Beitrag der Kommunisten für die Beseitigung der faschistischen Unterdrückung in ihrem Land weit mehr gewürdigt wird als in Deutschland, wo die KPD 1956 ganz im Gegensatz zu faschistischen Parteien sogar verboten wurde. An der Einweihung des Denkmals in Sachsenhausen nahm damals auch eine Gruppe von 17 VVN-BdA Mitgliedern aus Rostock teil.

Der Vorstand der VVN-BdA Rostock

Kita muss kostenfrei sein. Fachkräftemangel wirksam angehen

Pressemitteilung Jacqueline Bernhardt, MdL

Der aktuelle Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann-Stiftung stellt der Betreuungslandschaft für kleine Kinder in M-V wieder ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Abermals werden zwei riesengroße Probleme deutlich:

1. Bei dem Betreuungsschlüssel im Kindergartenbereich bleibt das Land bundesweit trauriges Schlusslicht. Im Krippenbereich sieht es nicht viel besser aus, nach Sachsen und Brandenburg haben wir hier den ungünstigsten Schlüssel. Unter den viel zu großen Gruppengrößen leidet die Qualität in der Betreuung. Da hilft es auch nicht, dass unsere Erzieherinnen und Erzieher bundesweit die am besten qualifizierten sind. Wenn die Gruppen zu groß sind, bleibt für frühkindliche Bildung wenig bis gar keine Zeit.

Um die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern, vor allem aber

eine kindgerechte Bildung und Erziehung für die Kleinen zu ermöglichen, muss die Landesregierung jetzt klotzen und darf nicht länger kleckern. Die Stiftung hat ausgerechnet, dass für einen angemessenen Personalschlüssel in M-V zusätzlich 6700 Fachkräfte in Vollzeit erforderlich sind. Um den Fachkräftemangel wirksam anzugehen, muss die Landesregierung endlich die Ausbildungsplatzplanung aktualisieren. Diese muss die tatsächlichen Bedarfe widerspiegeln, und die Platzkapazitäten in den bewährten Ausbildungsgängen zu Staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 27-Jährige müssen entsprechend aufgestockt werden.

2. Noch viel bedenklicher ist der Umstand, dass die Studie der öffentlichen Hand in M-V erneut bescheinigt, sich bundesweit am wenigsten an den Ausgaben für die Kita-Betreuung zu beteiligen. Die Eltern in M-V haben mit 22 Prozent Beteiligung bundesweit die höchsten Kosten. Das hat nichts mit einem familienfreundlichen Bundesland zu tun. Hier muss die Landesregierung endlich umdenken und die Kita für die Eltern kostenfrei machen. In anderen Bundesländern ist dies doch auch

möglich. Meine Fraktion wird sich in den anstehenden Haushaltsberatungen weiter dafür einsetzen.





Immer wenn ich kleine Rotfeder von der Ostsee zur Warnow oder von Rostock in Richtung Warnemünde schwimme, komme ich am Traditionsschiff vorbei. Von dieser Seite ist es ja auch gut zugänglich. Jedes Mal bewundere ich das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bedauere, dass die großartigen Möglichkeiten immer noch nicht annähernd erschlossen sind. Seit vielen Jahren ist die Entwicklung dieser maritimen Kostbarkeit blockiert.

Das schlägt zwar nicht so hohe Wellen, wie beispielsweise die Skandale um den Umgang mit dem Volkstheater in der jüngsten Vergangenheit. Aber das kulturelle Ansehen der Stadt Rostock in Deutschland ist so tief gesunken, dass man nur sprachlos staunen kann über die Absicht, sich um den Status der Kulturhauptstadt Europas zu bewerben. Nun ist aber Bewegung in die Sache gekommen. Parallel zur Bundestagswahl können die Rostocker darüber abstimmen,

ob das Schiff und die anderen Objekte im IGA-Park bleiben oder in den Stadthafen geholt werden sollen. Die Verwaltung hat ein Material erarbeitet und veröffentlicht, mit dem das Für und Wider beider Varianten erläutert wird. Interessengruppen nutzen Plakate und Medien für ihre Argumentationen. Es wird diskutiert und gestritten. Das ist gut so. In der Aprilausgabe des KLARTEXT habe ich schon einmal zu diesem Thema geschrieben. Auch heute werde ich keine Empfehlung für die Abstimmung geben. Ich kann allerdings feststellen, dass allein die Tatsache, dass darüber abgestimmt werden kann, schon eine Möglichkeit eröffnet hat, das Problem endlich so oder so zu lösen. Der IGA-Zaun ist keine Dornenhecke und ein Dornröschenschlaf muss nicht hundert Jahre dauern.

Das meint eure Rotfeder



Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Bis zum Stadtgeburtstag 2018 wird der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hinweisen. In dieser Ausgabe geht es um Architektur und den Bauingenieur Ulrich Müther.

Die Architektur der Hansestadt Rostock war immer geprägt von den prächtigen Backsteinkirchen und den schönen Giebeln der Bürgerhäuser. Allerdings wurde bei den verheerenden Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg sehr viel zerstört. Schließlich war Rostock ein Zentrum der modernen Rüstungsindustrie.

Beim Wiederaufbau der Langen Straße wurde sehr gelungen an die Tradition angeknüpft. Auch bei dem industriemäßigen Wohnungsbau in den neuen Stadtteilen hat man in Rostock die phantasielose Langeweile vermieden, die überall auf der Welt bei Plattenbauten an der Tagesordnung war. Es ist gelungen, Backstein und Plattenbau zu verbinden.

Aber auch andere Abweichungen von der 08/15-Bauweise sind in Rostock und Warnemünde erhalten. Der 1967/68 gebaute und 2002 sanierte Teepott ist geradezu zum Wahrzeichen des Ostseebades ge-

worden. Dieser Bau mit seinen geschwungenen Dachflächen ist eines der schönsten Gebäude des Bauingenieurs Ulrich Müther, der nach dem skandalösen Abriss des Ahornblatts in Berlin international wiederentdeckt wurde. Mit mehrgeschossigen Gebäuden ließ sich eben mehr Profit machen. Da half auch der Denkmalschutz nicht. Die öffentliche Aufmerksamkeit brachte allerdings ein Umdenken und eine

keine Zauberei sondern Mathematik. Mit dem Mütherschen Betonspritzverfahren konnten die Flächen der Hyperschalen zudem auch sehr dünn und leicht bleiben. In der DDR war Material knapp und Arbeitskraft billig. Mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik wurde dann die Arbeitskraft teuer, und die Materialbeschaffung war kein Problem mehr. Das bedeutete das Aus für Müthers Firma. Bis dahin hat er aber noch weitere Spuren in Rostock hinterlassen:

1966 Messehalle in Schutow, Konsumpavillon (1970 abgerissen)

1967/68 Teepott in Warnemünde (2002 saniert)

1968 Mehrzweckhalle in Lütten-Klein (2004 saniert)

1971: Katholische Christuskirche Rostock Zentrum

1972: Mehrzweckgaststätte „Baltic“, Rostock-Lütten Klein; 2010 abgerissen

1973: Gaststättenkomplex „Szczecin“ (mit Hans-Christian Brümmer), Rostock-Lütten Klein; 2009 abgerissen

1978: Kaufhalle, Rostock-Schmarl

1985: Radsporttrainingsbahn Dynamo, Rostock; 2005 saniert



späte Würdigung des Ausnahmetalents Ulrich Müther.

Mit seiner Firma konnte er die mehrfach gebogenen großen Dachflächen individuell herstellen. Trotz der Wölbungen konnten die Verschalungen erstaunlicherweise mit geraden Brettern realisiert werden. Das ist

Wolfgang Bergt



Hiroshima und wir (oder) Der Tanz auf dem Vulkan

Mit leuchtenden Kerzen auf über 120 kleinen Booten haben Rostocker auf dem Schwanenteich der Opfer des Atombombenabwurfs am 6. August 1945 gedacht. Das Rostocker Friedensbündnis und die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, die dazu eingeladen hatten, folgen damit einer Tradition aus Japan der Toten zu gedenken und auf neue Gefahren aufmerksam zu machen.

Uns erreichte eine Botschaft der japanischen Vereinigung der Organisation der Atom- und Wasserstoffbombenopfer (Nihon Hidanko), die von dem Überlebenden des Atombombenabwurfs auf Nagasaki Terumi Tanaki, im Juli 2017 unterzeichnet wurde. Darin heißt es:

„Wir rufen unseren deutschen Freundinne und Freunden zu: Lasst uns zusammen eine Bewegung in der Zivilgesellschaft aufbauen, die stark genug ist, Japan, Deutschland und andere NATO-Staaten dazu zu bewegen, auf die Doktrin der nuklearen Abschreckung wie auf den Atomschirm zu verzichten. Lasst uns mit Unterstützung der weltweit in Bewegung geratenen Bürgerinnen und Bürger eine friedliche Welt schaffen, die frei von Atomwaffen und frei von Krieg ist. Wir wollen gemeinsam unseren blauen Planeten für unsere Kinder und Enkelkinder und viele weitere Generationen retten.“

In der Botschaft unserer japanischen Freunde wird von der verheerenden Wirkung der Bombe berichtet: Manche Menschen waren nur noch als Schatten zu erkennen, andere verloren ihre Haut und

noch Jahre danach starben Tausende den Strahlentod. Jetzt gibt es ca. 15.000 Atomsprengköpfe, die genügen die gesamte Menschheit die mehrmals auszulöschen.

Obwohl 93 % der deutschen Bevölkerung für die Abschaffung der Atomwaffen sind, hat sich die Bundesregierung und in ihrer Person die Kanzlerin Merkel geweigert, einer Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO am 7. Juli

2017 zum gesetzlichen Verbot von Atomwaffen teilzunehmen und dem Vertrag, den 122 Staaten am 7. Juli 2017 beschlossen haben, beizutreten. Und das, obwohl sich die atomare Bedrohung verschärft hat. Wir sind laut Atomic Scientists seit fast 70 Jahren noch nie so nah an einer atomaren Katastrophe wie jetzt. Zu den üblichen Gefahren sind neue hinzugekommen: Atomwaffen könnten Terroristen in die Hände fallen, auch ein Versehen könnte eine Katastrophe heraufbeschwören. Und hätte es noch eines Beweises bedurft, so zeigen uns die gegenseitigen Bedrohungen zwischen Trump und der nordkoreanischen Regierung wie gefährlich die Situation ist. Tanzen wir auf einem Vulkan?

Mit dem Vertrag vom 7. Juli 2017 sind die Atomwaffen völkerrechtlich geächtet. Und es

ist eine neue Chance der Bewegung gegen Atomwaffen einen neuen Aufschwung zu verleihen.

Es ist höchste Zeit auf die Bundesregierung Druck auszuüben, dem Vertrag über das Verbot von Atomwaffen beizutreten und dem Beschluss des Bundsparlaments vom 26. März 2010 endlich nachzukommen, Verhandlungen über den Abzug der Atomwaffen aus Büchel, wo deutsche Piloten üben, sie zum Ziel zu fliegen, zu führen.

Am 1. September, dem Weltfriedenstag ist Gelegenheit die Unterschrift für das Verbot von Atomwaffen auf dem Universitätsplatz zu geben oder Sie wenden sich direkt an die Bundesregierung.

Johanna Jawinsky

Aus einem Brief japanischer Frauen an das Rostocker Friedensbündnis:

„Als Bürger des atomar bombardierten Hiroshima treten wir für den Aufbau einer wirklich friedlichen Welt ein, damit sich das Grauen des Krieges niemals wiederholt. Jeder möge jeden Tag an seinem Platz an den Frieden denken und mit anderen über den Frieden sprechen. Wir aus Hiroshima rufen mit der ganzen Kraft unserer Herzen alle Menschen der Welt auf, Konflikte nicht mit militärischer Gewalt zu lösen.“



DIE LINKE IM LANDTAG: Vertretungsbudget statt Stillarbeit

Es sind nicht nur wesentlich mehr Stunden im 1. Halbjahr 2016/2017 ausgefallen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, sondern es ist auch ein enormer Anstieg bei den Maßnahmen zu verzeichnen, die den Ausfall zum Teil kaschieren. So mussten sich die Schüler insgesamt mehr als 22.000 Unterrichtsstunden alleine beschäftigen. „Stillarbeit“ ist kein Unterricht.

Zum Unterricht gehört eine Lehrkraft in eine Klasse. Somit sind auch die Klassenzusammenlegungen, also der Unterricht, in denen eine Lehrkraft zwei Klassen gleichzeitig unterrichtet, lediglich eine Maßnahme, um Lehrkräfte zu verheizen. Insgesamt mussten sich die Schüler in 77.500 Unterrichtsstunden eine Lehrkraft mit anderen Klassen teilen. Wir fordern die Bildungsministerin auf, endlich wirksame Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall einzuleiten, statt auf Mogelpackungen zu-

rückzugreifen. Der Unterrichtsausfall ist in den letzten Jahren konstant geblieben bzw. jetzt wieder angestiegen, trotz des Einsatzes von Vertretungslehrkräften. Das ist also nicht „der Stein der Weisen“ und hilft nicht, den Unterrichtsausfall dauerhaft zu minimieren. Die Linksfraktion wird bei den Haushaltsberatungen ein Vertretungsbudget für jede Schule beantragen und fordert die Landesregierung auf, diesen Vorschlag ernsthaft zu diskutieren.

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Fr., 1.9.	17:00 Uhr	Kundgebung des Friedensbündnisses	Rostock	Uniplatz
Fr., 1.9.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedanken, Rednerin Birgit Schwabs	Bad Dob.	Bachgarten
Mi., 6.9.	20:00 Uhr	RLS: Film und Gespräch "Im inneren Kreis"	Rostock	Friedrichstr. 23
Sa., 9.9.	09:30 Uhr	Ehrendes Gedanken, Rednerin Karen Larisch	Güstrow	Ehrenmal Friedhof
So., 10.9.	11:00 Uhr	VVN/BdA: Gedanken an die Opfer des Faschismus	Rostock	OdF-Denkmal im Rosengarten
Sa. 23.9.	13:00 Uhr	Wahlkampfabschluss	Rostock	Uniplatz
Mi., 27.9.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Güstrow	Heidberg 50
Fr., 29.9.	16:00 Uhr	RotFuchs: "DIE LINKE nach den Bundestagswahlen" Gast: Ellen Brombacher	Rostock- Eversh.	Maxim-Gorki-Str. 52
Fr., 29.9.	18:15 Uhr	Bunter Abend in den Goldenen Herbst mit Dorothee Barndt	Rostock	Rathaus
Di., 10.10.	18:00 Uhr	"Martin Luther" Vortrag von Prof. Heinrich Fink	Rostock- Schmal	Haus 12, Am Schmarler Bach 1
Sa., 14.10.	9-16 Uhr	Kreisparteitag Rostock: Wahlauswertung, Wahl Mitglieder Landesauschuss und Delegierte zum BPT, Gäste: Wenke Brüdgam und Torsten Koplin, Bewerber für den Landesvorsitz	Rostock	InterCity-Hotel am Hauptbahnhof

Bunter Abend in den goldenen Herbst

Es ist wieder so weit! Unsere Genossin Dorothee Barndt lädt am Freitag, 29.9., alle Rostockerinnen und Rostocker zum „Bunten Abend in den goldenen Herbst“ in den Festsaal des Rathauses ein. Dort wird es ein buntes kulturelles und musikalisches Programm geben. So treten der Musiker Horst Schielke, die Folkloregesangsgrup-

pe Nuurdwind, der Musiker Hans-Jürgen Schulze, Uwe Süßmilch von den Rostocker 7 sowie das Duo BelCanto im Rahmen des Programms auf, dass von 18.15 Uhr bis 21.15 Uhr dauern soll.

Am Anfang, in einer kleinen Pause sowie am Schluss wird es Catering für den kleinen Hunger und Durst geben. Einlass ist ab 18 Uhr. Karten für 8 Euro gibt es an der Abendkasse sowie in der Buchhandlung im Doberaner Hof. Teile des Erlöses werden für einen guten Zweck gespendet.



Zu den Ausschreitungen zwischen den Fans des FC Hansa Rostock und Hertha BSC

Der Sport muss im Vordergrund stehen - Gewalt muss konsequent verhindert werden

Die Ausschreitungen im Rostocker Ostseestadion haben deutschlandweit für Entsetzen gesorgt. Es herrscht Ratlosigkeit und Ernüchterung über das Verhalten auf beiden Seiten.

Für die Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern ist klar, dass Fußball eigentlich etwas Verbindendes darstellt, das alle Menschen über alle Grenzen hinweg zusammenführt. Es geht um den sportlichen Wettkampf auf dem Platz und natürlich auch darum, seine Mannschaft lautstark

und emotional zu unterstützen. Gewalt gegen andere Fans darf dabei niemals hingenommen werden.

Dazu sagt Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl und Direktkandidat in Rostock: „70 Minuten habe ich auf der Osttribüne ein Spiel gesehen, bei dem Hansa auf Augenhöhe gekämpft hat. Randalierende Idioten haben den Abend kaputt gemacht. Sie sind eine Bedrohung für den Fußball und seine wirklichen Fans. Gefallen hat mir, dass wir Hansa-Fans uns mit Gesang von der Randalie distanzieren haben“. Und die Landesvorsitzende aus Mecklenburg-Vorpommern, Heidrun Bluhm, erklärt dazu ergänzend: „Die Täter sollten mit Stadionverbot bestraft werden. Man muss aber auch die Fanprojekte weiter stärken. Das wären die richtigen Schlussfolgerungen“.

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpelinstraße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schläefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Mondsteinsuche
(von Janina Niemann-Rich)

der Frosch
die Fröschin
das Vakuum
und ich

Baumblütenzauber
(von Janina Niemann-Rich)

Verlust kein Verlust
wenn Gegenwart ein Gewinn

Michels Geschmack
(von Jürgen Riedel)

Heino hören
Pilcher lesen
Merkel wählen



Eine Stunde mit dem Helikopter:
18.000 €

Durchschnittliches Jahreseinkommen in M-V*: 17.700 €

Merkel abwählen:
unbezahlbar

DIE LINKE.

www.die-linke-mv.de

Bild: G. G. / Bildagentur: Angelika Mera (CC) in Hamburg / Fotocomm / CC BY 2.0

Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Kirchen



Gewinner: Hansa Rostock (aber nur auswärts)

Verlierer: Die Armutsgefährdungsquote verharrt im Jahr 2016 unverändert gegenüber dem Vorjahr auf dem Höchststand von 15,7 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik mitteilte.

Monatszitat

„Nun gehe ich nach Thüringen, aber eines weiß ich: man kann Mecklenburg-Vorpommern verlassen, aber Mecklenburg-Vorpommern verlässt einen nie.“ Helmut Holter, seit August Bildungsminister in Thüringen

Monatszahl

In Ostdeutschland müssen Tarifbeschäftigte durchschnittlich eine gute Stunde pro Woche länger arbeiten als ihre Kollegen im Westen. Durchschnittlich 38,7 Stunden Wochenarbeitszeit stehen im Osten in den Tarifverträgen, im Westen nur 37,6 Stunden. Diese eine Stunde mehr Wochenarbeitszeit symbolisiert die unvollendete Einheit Deutschlands. Auch im dritten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung sind die Menschen in Ostdeutschland in vielen Bereichen nicht gleichgestellt.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer erhielt in diesem Jahr den Couragepreis der Landtagsfraktion?
2. An welches Ereignis wurde am 6. August am Schwanenteich in Rostock erinnert?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.10.2017